

Herr Bundesrat Sprühler & K. dodis.ch/33888
Fehles



AMBASSADE DE SUISSE
EN IRAK

BAGDAD, den 18. Januar 1969

Saadun Street 3/1/2, Alwiyah
Téléphone Nos 88 516 / 88 517

Handwritten mark

Réf.: 350.1. - D/vv

SEHR VERTRAULICH

Abteilung für Politische Angelegenheiten
des Eidgenössischen Politischen Departements

3003 B e r n

an	GE	MUKY						s/e
Datum	20.1							
Visé	SP	BN						
EPD		20 JAN. 1969						
Ref.		p.B. 73 Irak. O.						

Herr Botschafter,

Handwritten mark

*Protokoll über uns
also Verfahren in orientieren,
Anschliessend inzwischen
Hinrichtungen, auch von
Irak. Juden, anfordern*

Zu der vom schweizerisch-israelitischen Bund gewünschten Demarche in Bagdad zugunsten der in einem Spionageprozess angeklagten und mit der Todesstrafe bedrohten Juden möchte ich Ihnen in Ergänzung meiner Antwort, wonach ich mich absolut gegen eine solche schweizerische Intervention aussprach, noch folgendes mitteilen:

Weisungsgemäss hätte ich eine eventuelle Demarche ohne Quellenangabe zu machen. Dies ist aber illusorisch, denn diese Intervention ist hier bereits das Tagesgespräch, da BBC und Radio Israel verkündeten, die oben erwähnte israelitische Organisation habe den schweizerischen Bundesrat ersucht, in Bagdad vorzusprechen!

Durch dieses Vorprellen der jüdischen Organisation in der vorzeitigen Publikation der gewünschten Demarche hat es diese für einen Drittstaat noch schwieriger gestaltet, zu intervenieren; denn es besteht kein Zweifel, dass, wenn dem Wunsche des israelitischen Verbandes jetzt entsprochen würde, arabischerseits unverzüglich von den im Solde Israels stehenden Staaten gesprochen und einmal mehr die arabische These des starken Einflusses Israels auf europäische Staaten im besonderen bestätigt würde.

Es steht ausser Diskussion, dass man aus rein menschlichen Gründen alles unternehmen möchte, um sämtliche, eventuell zum Tode Verurteilten zu retten. Doch erachte ich es als meine Pflicht, vorerst den Sachverhalt objektiv zu prüfen und möglicherweise veröffentlichte Erklärungen des israelitischen Bundes, die zu einseitig gehalten sind, von vorneherein ins richtige Licht zu stellen: Der Prozess richtet sich nicht einzig gegen irakische Juden (vergl. Communiqué in der "Gazette de Lausanne" vom 15. Januar 1969, pag. 5); bekanntlich sind in diesem ersten Prozess, der sich gegen einen Spionagering in Basrah richtet, 19 Angeklagte, alles irakische Staatsangehörige. Von diesen sind sieben Juden, die übrigen Mohammedaner und einige Christen. Gegen sieben hat



- 2 -

der Staatsanwalt die Todesstrafe beantragt, darunter befinden sich drei Juden.

Wie bereits früher erwähnt, hält man es gar nicht für ausgeschlossen, dass die Anklage auf Spionage zumindest teilweise berechtigt ist. Entgegen der unserer Botschaft in Tel-Aviv von den dortigen Behörden gemachten Bemerkung, wonach es schon angesichts der Situation der Juden im Irak für diese praktisch ausgeschlossen wäre, sich einer Spionagetätigkeit zu widmen, muss bemerkt werden, dass dies nicht unbedingt zutrifft: Viele der irakischen Juden - ein ausführlicher Bericht über ihre Situation wird baldmöglichst an die Internationalen Organisationen abgehen - sind in ihrer Bewegungsfreiheit nicht so eingeengt, als dass eine solche Aktivität gänzlich unmöglich wäre.

Der fragliche Spionageprozess darf meines Erachtens nicht als anti-jüdische Massnahme betrachtet werden. Der jüdische Glaube verschiedener der Angeklagten wird in der Presse und anderorts nicht besonders erwähnt, geschweige denn unterstrichen. Der Name "Israel" fällt einzig darum, weil es sich um Spionage zugunsten dieses Staates, mit welchem Irak noch immer im Krieg steht, handeln soll.

Das Echo einer Intervention beim Aussenministerium wäre, wie ich Ihnen bereits mitteilte, folgendes:

Es handelt sich ausschliesslich um irakische Staatsangehörige; auch eine humanitäre Intervention würde mit grösster Wahrscheinlichkeit als Einmischung eines Drittstaates in interne irakische Angelegenheiten betrachtet und dementsprechend übel aufgenommen werden; ein Einwand, der übrigens nicht unbegreiflich ist, da kaum ein Staat es schätzt, wenn sich ein Drittstaat in einem Spionageprozess gegen eigene Staatsangehörige "einmischt". Im weiteren ist es im jetzigen Zeitpunkt völlig ausgeschlossen, im Aussenministerium jemanden zu finden, mit dem man frei über dieses Problem sprechen könnte und der seinen Gesprächspartner vorurteilslos anhören würde, um in diesem Sinne seinen Vorgesetzten zu berichten. Es muss immer wieder betont werden, dass das Aussenministerium unter dem jetzigen Regime völlig machtlos ist, ja, Angst hat vor den Polizei- und Sicherheitsorganen der allmächtigen Partei. Eine Beobachtung, die der hiesige Belgische Botschafter als Schutzmachtvertreter der U.S.A. seit einigen Wochen tagtäglich bei der Ausführung seines harten und undankbaren Mandates machen muss.

Nebenbei sei noch bemerkt, dass man sich - da die von der israelitischen Gemeinschaft gewünschte Intervention einzig aus humanitärer Sorge heraus zu geschehen hätte - die wohl berechtigte Frage stellen muss, ob eine solche Demarche nicht nur für eine kleine Minderheit der Angeklagten, sondern für alle, Christen, Mohammedaner und Juden gemacht werden sollte. Wenn schon, dann schiene mir eine Intervention im Interesse der christlichen Minderheit durch einen christlichen Staat sicherlich auch am Platze.

./.

- 3 -

Der Nuntius, der seine angekündigte Demarche vornahm, hat auch in diesem Sinne für Juden und Christen interveniert, unter Hinweis auf analoge Situationen (Griechenland, Rhodesien, usw.), in denen sich der Heilige Stuhl für Milde eingesetzt hat. Der Nuntius, der gleichzeitig Erzbischof von Bagdad ist und somit als Diplomat und geistlicher Hirte der hiesigen katholischen Gemeinde sprechen konnte, erklärte mir, dass sein Gesprächspartner - der Unterstaatssekretär - ihn höflich, aber eisig kalt angehört habe und dass er sich keine Illusionen über seine Intervention mache, die sich nach seinem Empfinden eher zu Ungunsten der hiesigen Minoritäten, incl. der jüdischen Kolonie, auswirken könnte.

Der hiesige Französische Botschafter wurde von seiner Regierung ebenfalls gebeten, offiziös zu intervenieren, falls er es als notwendig erachte und er einen "verständnisvollen" Gesprächspartner finde. Mein französischer Kollege, der, angesichts der sehr hohen Quote, die Frankreich zur Zeit in der arabischen Welt genießt, wohl am ehesten qualifiziert wäre, eine solche Demarche zu machen, hat aus den gleichen Gründen wie ich (insbesondere Einmischung in interne Angelegenheit, kein Verständnis der irakischen Behörden einer solch subtilen Intervention gegenüber, usw.) die grössten Hemmungen, einen derartigen Schritt zu unternehmen.

Zu der Drohung Israels, im Falle der Vollstreckung der Todesurteile an jüdischen Verurteilten Repressalien zu unternehmen, d.h. gemäss der Presse zwei Araber für einen Juden hinzurichten, abschliessend folgendes: Diese Drohung wird die irakischen Behörden in keiner Weise beeindrucken, geschweige denn beeinflussen. Das menschliche Leben hat für den Araber nicht den gleichen Wert wie für uns. Im weiteren würde es sich im konkreten Falle nicht um Irak, sondern um palästinische Kommandos handeln.

Genehmigen Sie, Herr Botschafter, die Versicherung meiner vorzüglichen Hochachtung.

Der Geschäftsträger a.i.:

